

Anal wöch. Bezugspreis für Juni 3.— M. einchl. Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die 1gezp. Pettzeile 20 S., Stellengefuche 20 S. Die Pettreklamazeile, 80 Millimeter breit, 1 M. Offertengebühren für Selbstabholer 20 S., bei Ueberlieferung durch die Post außerdem Postzuschlag. Einzel-Nr. 10 S., Sonntags-Nr. 15 S. Verlagsst. Tell: J. Hillbrand in Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Auftragsaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Für unentl. u. d. Fernruf überm. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingek. u. m. Rückporto nicht verfehene Manuskripte werb. nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 2—3 Uhr nachmittags. Hauptdruckst. Dr. Joseph Albert, Dresden.

Fahrräder
Preßlo
Erersatzteile
billigst
M. Sirl
Dresden - A.
Wottinerstraße 43

Polzmoden
Umarbeitung
Reparatur
Aufbewahrung
A. Vonier
Dresden
Strehlerstr. 8
Ruf 48477

Verlagsst. Tell: J. Hillbrand in Dresden. Redaktion der Sächsischen Volkszeitung, Dresden-Nordstadt 1, Volzestraße 17. (Telefon 2012 und 2102).

Für christliche Politik und Kultur

TAPETEN	F. SCHADE & CO. Dresden, Waisenhausstraße 10, am Central-Theater, gegenüber Kaffee König	LINOLEUM
----------------	--	-----------------

Sozialdemokratie und Staatsbejahung

Die „Alte Sozialdemokratische Partei Sachsens“ hat sich gestern auf ihrem ersten Landesparteitag in Dresden konstituiert. Auch der Form nach haben damit die Anhänger der 23 Abgeordneten, die sich im Sächsischen Landtag an der „Großen Koalition“ beteiligten, ihre Trennung von der radikalisierten S. P. D. in Sachsen vollzogen. Die Partei der 23 wird ein eigenes Parteisekretariat eröffnen und eine eigene Tageszeitung gründen. Den Vorsitz führt nach dem Beschlusse des gestrigen Landesparteitages der frühere sächsische Ministerpräsident Wilhelm Buch. In einer Entschließung hat der Parteitag formuliert, was die Anhänger der 23 von den Radikalen der bisherigen sozialdemokratischen Organisation in Sachsen trennt: Der Wille zu positiver Mitarbeit an der deutschen Republik. Dieser Wille entspricht nach der Auffassung der „alten“ Partei den Grundsätzen der Sozialdemokratie. So betrachtet sie es als ihre Aufgabe, die sächsische Sozialdemokratie zu den Grundsätzen der Partei und zur Politik der deutschen Gesamtpartei zurückzuführen. Die Aktion der „Alten Sozialdemokratischen Partei“ soll auf Sachsen beschränkt bleiben.

Diese Stellungnahme ist zweifellos geschickt, sie stellt den Berliner Reichsvorstand der S. P. D. vor eine nicht leichte Aufgabe. Die Berliner Zentrale hatte in ihrer offiziellen Stellungnahme am Pfingstamstag davon gesprochen, daß die 23 Vertrauensmänner im ganzen Reich suchten, also im weitesten Umfange Zerstörer der Organisation seien. Diese Auffassung dementieren nun die 23 und ihre Anhänger durch die Tat. Das am Sonntag angenommene Statut der „alten“ Partei sieht eine Verberandung über die Grenzen Sachsens hinaus überhaupt nicht vor. Wird der Reichsvorstand sich trotzdem auf den Standpunkt stellen, daß die 23 und ihre Anhänger nicht mehr in die deutsche Gesamtpartei gehören?

Nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern für die gesamte politische Konstellation im Reich wird diese Entscheidung von Bedeutung sein. Der Berliner Reichsvorstand der S. P. D. und weiter der Kieler Parteitag im September werden sich mit der Frage zu beschäftigen haben. Es ist kaum anzunehmen, daß man über das sächsische Problem nach der Gründung der „Alten Sozialdemokratischen Partei“ einfach wird zur Tagesordnung übergehen können. Denn ihre Loyalität gegenüber der Gesamtpartei haben die Leute um die 23 in aller Form bewiesen. Sie haben zum Ausdruck gebracht, daß sie gerade um der Gesamtpartei und deren Grundsätze willen nicht mehr der radikalen Entwicklung folgen können, die die Organisation der S. P. D. in Sachsen während der letzten Jahre genommen hat. Diese Entwicklung hat in einer Zeit des Hungers und der Verbitterung den radikalen 17 Reinsagern die Macht innerhalb der Partei verschafft. Diese „politischen Inflationengewinnler“ lehnen nun jede Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien ab, als einzig möglich erstreben sie eine Koalition mit den Kommunisten. Bei der bekannten Haltung der Moskauer Parteigänger bedeutet das aber einfach die Verneinung des Staates von Weimar.

Das „Verbrechen“ der 23 ist, daß sie bei diesem Treiben nicht mitgemacht haben, daß sie die demokratische Republik nicht zerschlagen wollten. Sie haben Ende 1923 mit Demokraten und Volkspartei eine Koalition gebildet, sie haben diese Koalition bis heute als ehrliche Politiker gehalten. Deswegen sind sie aus der sächsischen Partei ausgeschlossen worden, nicht nur einmal, viele Male hintereinander. Zwölf Auflösungsanträge haben die radikalen 17 gegen den Landtag geschleudert, der die Koalitionsregierung selbst ermöglicht, vergebens. Der Berliner Parteivorstand, den man von beiden Seiten als Schiedsrichter anrief, hat die 23 unterstützt, zwei Parteitage der S. P. D. im Reich haben die sächsische Koalition ausdrücklich gebilligt. Nach der Parteitag in Heidelberg 1925 hat ausdrücklich beschlossen, der sächsische Landtag solle nur aufgelöst werden, wenn ein politischer Grund vorliege. Alle Parteinstanzen der S. P. D. im Reich sahen ein, daß in Sachsen eine andere Regierung einfach unmöglich sein würde. Trotz dieser Erkenntnis hat der Berliner Vorstand im März dieses Jahres — zu einer Zeit, als man vom Volksbegehren her eng mit der S. P. D. ging — die 23 fallen lassen. Ein politischer Grund zur Auflösung wurde konstruiert: weil der Landtag für die Erwerbslosen statt 30 beantragten nur 15 Millionen Mark (bei 5 Millionen Einwohnern in Sach-

Frankreich muß sich gewaltig einschränken

Das Resultat der Poincaréschen Nachkriegspolitik — Wieder Brot- und Lebensmittelparten? — Rückkehr zu den Einschränkungen der Kriegszeit

Paris, 7. Juni.

Der gestrige Ministerrat hat als wichtigste Entscheidung eine Beschränkung der Einfuhr nach Frankreich und eine Einschränkung des Verbrauchs als unmittelbar bevorstehende Maßnahme angeordnet. Ein Ausschuss von vier Mitgliedern des Kabinetts wird das Programm hierfür entwerfen. Die Maßnahmen dürften darauf zurückzuführen sein, daß das französische Finanzministerium den neuen Frankensatz damit begründen will, daß Industrie und Handel in der Befürchtung eines weiteren Steigens der fremden Devisen beträchtliche Vorräte eingekauft haben.

Nach den französischen Morgenblättern werden die Regierungsmaßnahmen zur Beschränkung der Einfuhr möglicherweise die Brotarten und die Karren anderer Lebensmittel bringen. „Matin“ meint, Briand wolle, daß die Einfuhr aus anderen Ländern möglichst vermieden wird. Es scheint, daß die Maßnahmen sich vor allem auf Getreide und Mehl erstrecken würden. Man würde sicherlich die Zusatzprodukte zu Mehl verwenden. Ferner werde die Antitraktische in den weiteren Maßnahmen durch französische Kohle ersetzt und der Verbrauch von Zucker und ähnlichen Produkten eingeschränkt werden. Die der Regierung nahestehenden Blätter begrüßen diese Einschränkungsmaßnahmen. Sie sagen, man müßte heute zu den Einschränkungen des Krieges zurückkommen, weil es eine der Bedingungen für den finanziellen Wiederaufbau sei.

Der Finanzminister erklärte zum Schluß des Ministerrates, es sei niemals die Rede davon gewesen, auf die Goldreserve der Bank von Frankreich zurückzugreifen. Diese Erklärung steht in völligem Widerspruch zu dem, was aber die gestrige Sitzung des Sachverständigenausschusses bekannt wurde. Die Lage für die französische Regierung wird dadurch um so ernster, da sich die Bank von Frankreich geweigert hat, ihre Goldreserve für die Stützungsaktion auf dem Devisenmarkt herzugeben. Der „Quotidien“ als der wichtigste Verteidiger einer Beschränkung der Goldreserve erklärt gestern morgen, die Bank von Frankreich habe sich sogar geweigert, mit ihrer Goldreserve eine neue Anleihe zu garantieren.

sen!) bewilligt hatte und für den Wohnungsbau statt 20 Millionen 18½ Millionen. Die 23 erkannten diesen Grund nicht an, wurden erneut ausgeschlossen, der Berliner Vorstand mißbilligte ihre Haltung. Darauf verzichteten die Ausgeschlossenen auf eine Berufung, sie appellierten vielmehr an ihre Anhänger im Lande.

Der gestrige Landesparteitag der „A. S. P.“ hat bewiesen, daß dieser Appell gehört worden ist. 71 Delegierte aus allen Teilen des Landes waren erschienen. Vertreter aus Leipzig, Chemnitz, Plauen, Dresden, Pulsnitz und anderen Orten sprachen es aus, wie lebhaft der Entschluß der 23 allerwärts unter den Anhängern der bisherigen S. P. D. begrüßt wird. Denn diese Anhänger sind durch das nach bolschewistischem Muster geübte Ausschaltensystem bei der Zusammensetzung der Vorstände gleichfalls mundtot gemacht worden. Wie groß das Mißvergnügen ist, beweist die Tatsache, daß heute überall in Sachsen die Abonnentenzahl der sozialistischen Zeitungen stark zurückgegangen ist, daß in Dresden die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder der S. P. D. von 36 000 1922 auf 19 000 1925 gesunken ist, daß in der Oberlausitz ausgebildete Organisationen überhaupt nur noch an wenigen Orten bestehen. Der Erfolg, den die „Alte Sozialdemokratische Partei“ in Sachsen haben dürfte, scheint größer werden zu sollen, als irgend jemand vermutet hat. Der Parteitag am Sonntag jedenfalls war ein außerordentlich vielversprechender Anfang.

Was aber wird im Reich geschehen? Gerade dadurch, daß die Anhänger der 23 ihre Aktion auf Sachsen beschränkt haben, ist für die Reichspartei geradezu die Notwendigkeit gegeben, sich mit der sächsischen Spaltung zu befassen. Die Staatsbejahung, die den Männern der „alten“ Partei zum Verhängnis geworden ist, wird ja

Briand und Chamberlain in Genf

Briand ist gestern vormittag zur Völkerbundratsitzung nach Genf abgereist. Die Presse nimmt allgemein an, daß das wichtigste Problem in Genf die nichtöffentliche Besprechung der Frage der Ratifizierung sein werde. Die kurze Besprechung, die Briand und Chamberlain am Sonntagabend in Paris hatten, hat sich nach übereinstimmenden Ansichten bereits auf diese Frage bezogen.

Der „Temps“ meint, daß man von der heutigen Genfer Sitzung keine endgültige Entscheidung über die Umbildung des Völkerbundes erwarten dürfe. Man dürfe nicht in die Fehler der Bunderversammlung vom vergangenen September zurückverfallen. Die Uebereinstimmung unter den beteiligten Mächten müsse vollständig sein. Bis zur Stunde habe man keine Gewissheit über die Haltung Spaniens, Brasiliens und Polens. Es scheint, daß Spanien entschlossen sei, aus dem Völkerbunde auszutreten, wenn es keine Genugtuung erhalte.

Kriegspläne Japans?

Die militärische Eroberung der Philippinen

London, 7. Juni
Die englischen Blätter veröffentlichen Auszüge aus dem Hearst-Blatt „New York American“ über angebliche geheime Kriegspläne Japans gegenüber den Vereinigten Staaten. Danach sei eine militärische Eroberung der Philippinen das nächste und wichtigste Ziel der japanischen Eroberungsbestrebungen. Der japanische Generalstab habe angeblich ein Vorbereitungsprogramm für einen Krieg aufgestellt. Das Blatt will photographische Kopien dieses japanischen Geheimberichts besitzen und veröffentlicht eine Uebersetzung des angeblichen Berichtes.

Ueber dessen Inhalt wird weiter gemeldet: Unter den Punkten, die das Programm des japanischen Kriegesamtes bilden, befindet sich die Ausbeutung der großen natürlichen Hilfsquellen Koreas und der Mandchurie, der Bau eines unauflösbaren Eisenbahnnetzes durch die Mandchurie und Korea und der Bau von Häfen, die mit dieser Bahn verbunden werden. Vorbereitungen für eine starke Verteidigung der Meerengen von Korea und des japanischen Meeres zur Gewährleistung der Sicherheit des Transportes von Kriegsmaterials nach Japan in Kriegsjahren, sowie die Unterzeichnung eines Freundschaftspaktes gegenüber China.

auch in anderen deutschen Ländern von den Sozialisten geübt, die dort in den Regierungen sitzen. Werden die es ruhig zulassen, daß langjährigen Mitgliedern das Verbleiben in der Partei unmöglich gemacht wird, nur weil sie dem Staate von Weimar gebient haben?

Der Abmarsch der „Alten Sozialdemokratischen Partei“ kann so der Anlaß werden für eine entscheidende Prüfung der Haltung der sozialdemokratischen Gesamtpartei gegenüber der Republik. Unwahrscheinlich erscheint uns, daß die sächsische Spaltung der Anfang sein könnte für einen zweiten Zerfall der gesamten S. P. D., gleich jenem ersten nach der Gründung der U. S. P. 1916. Aber wenn das sächsische Problem von der S. P. D. nicht befriedigend gelöst wird, dürfte von hier aus eine Lähmung der Aktionsfähigkeit der Gesamtpartei ausgehen, die auf Jahre hinaus wirken könnte. Eine solche Lähmung würde das politische Schwergewicht naturgemäß nach der anderen Seite der Parteifala verchieben. Die Frage der Staatsbejahung, die Frage der verantwortlichen Mitarbeit an der Regierung ist die Schicksalsfrage der Sozialdemokratie. Eine klare Antwort wird nach der nun vollendeten Spaltung in Sachsen nicht zu umgehen sein. So kann der Landesparteitag der „Alten Sozialdemokratischen Partei“ den Anfang eines neuen Kapitels bedeuten nicht nur für die Sozialdemokratie in Sachsen, sondern für den gesamten deutschen Sozialismus. D.h.

Nachmittags 4 Uhr

und Ihre Bilder fertig, wenn Sie mir bis mittags 11 Uhr Ihre Filme und Platten zum Entwickeln übergeben.

PHOTO-BOHR Dresden-A., Ringstraße 14 neben Kaffee König

